DIE WICHTIGSTEN ERGEBNISSE IM ÜBERBLICK

Dieter Segert:

- Nachhaltige Demokratien benötigen den Sozialstaat, weil eine ungeregelte kapitalistische Wirtschaftsentwicklung die soziale Gleichheit als wichtige Voraussetzung der politischen Gleichheit untergräbt

- Charakteristisch für die Entwicklung in MOE nach 1989 ist:

  – Sie ist einerseits eine Erfolgsgeschichte insofern als eine friedliche Transformation in Richtung einer kapitalistischen Marktwirtschaft und politischen Demokratie erfolgte

  – Andererseits war sie für die Mehrheit der Bevölkerung mit gravierenden Problemen verbunden: Vernichtung von Ersparnissen durch Inflation, Vertiefung sozialer Ungleichheit, gestiegene Arbeitslosigkeit, verstärkte Unsicherheiten

  – Von vielen dieser Prozesse sind Frauen besonders stark betroffen

- Diese problematischen Veränderungen schlagen sich in einer kritischen Einschätzung der Transformation durch eine Mehrheit der Bevölkerung nieder

  – Zum einen konstatieren viele eine deutliche Verschlechterung der wirtschaftlichen Situation des eigenen Haushalts im Vergleich zu 1989

  – Zum anderen sind viele mit dem Zustand der Demokratie in ihrem Land nicht zufrieden und haben wenig Vertrauen in die politischen Institutionen

- Diese Frustrationen sind u.a. eine wichtige Ursache für die hohe politische Instabilität und die hohe Anfälligkeit für populistische Kampagnen in der Region – es besteht die Gefahr, dass sich dieser Trend in den kommenden Jahren verstärkt

- Die andere Möglichkeit wäre eine Entwicklung in Richtung eines sozialen „New Deals“ für Europa in Richtung einer Stärkung des sozialen Europa

- Für eine solche Wende wäre allerdings ein Abgehen vom Konzept Europas als primär liberalisierter Wirtschaftsraum nötig

Heribert Kohl:

- Ein wirtschaftliches und soziales Zusammenwachsen Europas ist nur möglich, wenn es in den MOEL gelingt, europaweit geltende Arbeitsstandards in der Alltagspraxis umzusetzen

- Gelingt dies nicht, drohen eine Abwärtsspirale nach unten und fortwährendes Sozialdumping

- In den MOEL zeitigen die durch die globale Krise zusätzlich erschwerten wirtschaftlichen Rahmenbedingungen deutlich negative Folgen für den sozialen Dialog

- Zudem scheinen die Strukturen der Arbeitsbeziehungen in MOE im Vergleich zu Westeuropa für die Bewältigung krisenbedingter Herausforderungen dieses Ausmaßes weniger gut gewappnet

- Die Verbändelandschaft in MOE entspricht in vielerlei Hinsicht nicht dem Idealbild einer einheitlichen Interessenvertretung der jeweiligen Sozialpartner:

  – Ausgeprägter Verbandspluralismus der nationalen, als repräsentativ anerkannten Organisationen auf Seiten der AG und der AN

  – Defizite der personellen und finanziellen Ressourcen, insbesondere auf Seiten der Gewerkschaften

  – Für die Durchführung von größeren Kampagnen fehlen den Gewerkschaften häufig die finanziellen Mittel

- Formal sind in den MOEL die rechtlichen Voraussetzungen für den Sozialdialog fast ausnahmslos gegeben, problematisch ist dagegen die Umsetzung:

  – Ausschluss teils weiter Personengruppen (z.B. öffentlicher Dienst) von einer Gewerkschaftsmitgliedschaft

  – Breite Palette von Diskriminierungen und Behinderungen gewerkschaftlicher Aktivitäten

  – Äußerst restriktive Streikgesetzgebung, die den Arbeitskampf oft nahezu unmöglich macht

- Außer in Slowenien und Ungarn sind bisher die institutionellen Voraussetzungen (wie Arbeitsinspektionen etc.) für die Umsetzung und Kontrolle der Rechte von ArbeitnehmerInnen nicht geschaffen worden

Klaus Busch:

- Die meisten mittel- und osteuropäischen Transformationsländer hatten in den 1990er Jahren mit massiven sozio-ökonomischen Problemen wie hoher Arbeitslosigkeit, Frühverrentungsmaßnahmen, demographischen Problemen, ausgeprägter Schattenwirtschaft und großen Haushaltsdefiziten zu kämpfen

- Diese Problemlagen wurden vordergründig als Gründe für den radikalen Umbau der Pensionssysteme auf ein – zum Teil kapitalgedecktes – „Drei-Säulen-Modell“ angeführt

- Großen Einfluss auf den Abbau von sozialen Umverteilungselementen in den Rentenreformen hatte das neoliberale Leitbild, welches in etlichen Transformationsstaaten auf fruchtbaren Boden fiel

- Die Weltbank und die Europäische Union haben als internationale Ratgeber den Einfluss dieser Ideologien verstärkt

- Besonders radikale Reformen wurden in Polen und Lettland umgesetzt, sie beinhalteten:

  – Abbau der Umverteilungskomponente in der 1. Säule durch die Umstellung von einem leistungsorientierten auf ein beitragsorientiertes System

- Massiver Ausbau der Kapitaldeckung im Rahmen der 2. und 3. Säule

- Sozialistische Wurzeln, die auch den starken Widerstand seitens der Gewerkschaften bedingten und eine günstigere wirtschaftliche Ausgangslage haben in Tschechien und Slowenien dazu geführt, dass ein derart weitreichender Umbau der Pensionssysteme bisher unterblieb

Sieglinde Rosenberger:

- Das „westeuropäische Sozialmodell" ist in erster Linie als Kontrapunkt zum US-amerikanischen Sozialmodell zu verstehen, wobei es wesentliche Unterscheidungsmerkmale gibt
  - Kennzeichen des US-Amerikanischen Sozialstaats ist, dass er den sozial Schwächsten tendenziell Zugang zu minimalen Leistungen gibt
  - Die europäische Variante des Sozialstaates zeigt demgegenüber eine deutliche Mittelschichtsorientierung und umfasst auch den öffentlichen Sektor mit seinen verteilungspolitischen Wirkungen

- Die These, die hohe Unzufriedenheit mit der Demokratie in den MOEL sei auch mit dem Abbau des Sozialstaates begründet, ist sehr plausibel
  - Allerdings sollte die Sozialpolitik nicht mit zu hohen Erwartungen überfrachtet werden
  - So liegen beispielsweise Ursachen für die physische Gewalt gegenüber (ethnischen) Minderheiten auch in der fehlenden Wertschätzung der Grundrechte etc.

- Die EU ist geprägt von Transnationalität, d.h., weder Menschen/Arbeitskräfte noch politische Bestimmungen machen vor nationalen Grenzen Halt
  - Dessen ungeachtet findet eine transnationale Tarifkoordination kaum statt
  - In Österreich wird zwischen unterschiedlichen Gruppen von erwerbstätigen Menschen, v.a. in Abhängigkeit ihrer Staatsbürgerschaft und räumlichen Herkunft deutlich unterschieden
  - Hier gibt es großen Handlungsbedarf sowohl für die parlamentarische Politik wie auch für die Sozialpartner

- Auch wenn die Sozialpolitik nicht im primären Kompetenzbereich der EU liegt, darf nicht vernachlässigt werden, dass sich gewisse innovative Aspekte der Sozial- und Gesellschaftspolitik in Österreich sehr stark der Agenda-Setzung der EU verdanken, wie z.B. die österreichische Antidiskriminierungsgesetzgebung

Walter Sauer:

- Der radikale Umbau auf marktwirtschaftliche Strukturen wurde kompromiss- und alternativenlos von den politischen Eliten umgesetzt, um den westeuropäischen Vorgaben zu entsprechen. Hierbei wurde bewusst die Schrumpfung der Produktion, Senkung von Sozialstandards und Verletzung von Gewerkschaftsrechten (durch z.B. Lohnregulierungen) in Kauf genommen

- Die Folgen wie niedrigere Lebensstandards und prekäre Arbeitsbedingungen für die Bevölkerung haben die fragmentierten Gewerkschaften zusätzlich geschwächt. Diese sehen zusehends weniger Möglichkeiten, sich für bessere Lebensbedingungen ihrer Mitglieder einzusetzen. Doch konnten gewerkschaftsfreie Zonen in Mittel- und Osteuropa erfolgreich verhindert werden!

- Die Erwartungen der MOEL-Bevölkerung, nach vollzogener Transformation an den Wohlstand Westeuropas anzuschließen, werden sich auch in Zukunft so bald nicht erfüllen lassen, da eine gezielte Umverteilungspolitik nicht absehbar ist. Lebensbedingungen können oft nur durch Arbeitsmigration verbessert werden

- Migration von erwerbswilligen Menschen nach Österreich – auch aus anderen bevölkerungsstarken Regionen der Welt wie der Ukraine, Russland und Afrika – ist ein Faktum und die große Zukunftsherausforderung für die österreichische Gewerkschaftsbewegung. Darüber hinaus laufen die Übergangsfristen für die Arbeitnehmerfreizügigkeit gegenüber den neuen Mitgliedstaaten im April 2011 aus

- Gewerkschaften haben sich zur Migration, ob legal oder auch illegal, entsprechend den gewerkschaftlichen Idealen und Zielen wie Solidarität und Menschenrechte zu positionieren. Gewerkschaftliche Angebote sollte es auch für Menschen im informellen Sektor geben

Josef Wöss:

- Nachhaltige Demokratie braucht einen soliden und leistungsstarken Sozialstaat, der sich den jeweiligen Herausforderungen stellt und sich weiter entwickelt

- Es besteht die Gefahr dass in Folge der Finanz- und Wirtschaftskrise ein „Sparkurs“ eingeschlagen wird, der mehr Schaden als Nutzen stiftet

  – Als Alternative würde sich für manche MOEL z.B. die Rücknahme der Verlagerung der Pensionsbeiträge von öffentlichen zu privaten Systemen anbieten

- Ein gewisser Anstieg des BIP-Anteils für Altersaufwendungen in den kommenden Jahrzehnten muss als gerechtfertigt akzeptiert und von der Politik eingefordert werden, wenn die immer wieder beschworene Generationengerechtigkeit nicht nur auf dem Papier stehen soll

- Jede Form der Alterssicherung muss sich demographischen Herausforderungen stellen

  – Die kapitalgedeckten Systeme sind derzeit in vielen Ländern in der glücklichen Situation, dass es viele BeitragszahlerInnen aber nur wenige PensionistInnen gibt; das wird sich in Zukunft massiv ändern

- Die Finanzierung der Sozialstaaten sollte auf eine breitere Basis gestellt werden

  – Sie ist vielfach zu sehr auf Beitragszahlungen von den Löhnen gestützt

  – Wir müssen darauf achten, dass es nicht zu einer Situation mit hohem Volkseinkommen und hohen Vermögenswerten aber extrem ungleicher Verteilung kommt